



**Mechthild Rawert**  
Mitglied des Deutschen Bundestages  
Mitglied im Ausschuss für Gesundheit  
Sprecherin der SPD-Landesgruppe Berlin

Mechthild Rawert, MdB · Platz der Republik 1 · 11011 Berlin

Mario Czaja  
Senator für Gesundheit und Soziales  
Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales  
Oranienstraße 106

10969 Berlin

## Bundestag

Platz der Republik 1  
11011 Berlin

Unter den Linden  
Raum 5.027

☎ (030) 227.737 50

☎ (030) 227.762 50

✉ mechthild.rawert@bundestag.de

## Wahlkreis

Friedrich-Wilhelm-Str. 86  
12099 Berlin-Tempelhof

☎ (030) 720 13 884

☎ (030) 720 13 994

✉ mechthild.rawert@wk.bundestag.de

[www.mechthild-rawert.de](http://www.mechthild-rawert.de)

Berlin, 13. Mai 2013

## **Rücknahme der Kürzungen für das Familienplanungszentrum - Balance sowie für die Lesbenberatung Berlin e.V.**

Sehr geehrter Herr Senator Czaja,

ich wende mich an Sie als Mitglied des Gesundheitsausschusses, hier Berichterstatterin u.a. für Frauengesundheit, Gender und Multikulturalität im Gesundheitswesen, für Inklusion und für die Bekämpfung der Genitalverstümmelung, des Deutschen Bundestages, aber auch als Mitglied der „AG Menschen mit Behinderung und Migrationshintergrund“ beim Landesbeirat für Menschen mit Behinderung Ihrer Senatsverwaltung.

Ich bitte Sie, die Kürzungen sowohl für das Familienplanungszentrum - Balance als auch für die Lesbenberatung Berlin e.V. zurückzunehmen. Beide Projekte sind mir durch Besuche und gemeinsame Podiumsdiskussionen auf berlinweiten Veranstaltungen wohlbekannt. Beide Projekte bieten niedrigschwellige Angebote, die unverzichtbar sind für die umfassende Versorgung bis dato auch in Berlin noch unterversorgter Bevölkerungsgruppen. Beide Projekte bieten unverzichtbare Aufklärungsarbeit für MultiplikatorInnen in verschiedenen Politik- und Alltagsfeldern.

## **Rücknahme der Kürzungen für das Familienplanungszentrum – Balance**

- Zu Recht weist u.a. die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung immer wieder darauf hin, dass niedrigschwellige Angebote zur Sexualaufklärung von herausragender Bedeutung sind, so auch in der Öffentlichen Anhörung zur „Pille danach“ am 24. April 2013. Die MitarbeiterInnen des Familienzentrum - Balance leisten hier eine hervorragende Arbeit.

Gerade angesichts verschiedenster Lebensstile und sexueller Verhaltensweisen, angesichts des in den Medien - aber auch auf den Schulhöfen - häufig undifferenzierten, teilweise diskriminierenden Umgangs mit den vielfältigen Formen sexueller Identität ist es von hoher Bedeutung, dass sowohl Kinder und Jugendliche eine jugendgerechte diskriminierungsfreie Sexualaufklärung erhalten, als auch, dass das Lehrpersonal entsprechend profunde sexualpädagogisch begleitet wird. Der Wegfall der Mittel gefährdet die niedrigschwelligen Gruppenberatungen. Gerade Angebote dieser Art haben in den vergangenen Jahren dazu beigetragen, dass Jugendliche lernen, selbstbestimmt mit ihrem Körper umzugehen, aber auch lernen, Grenzen zu ziehen und sich vor sexuellem Missbrauch, ungewollten Schwangerschaften und sexuell übertragbaren Krankheiten zu schützen.

- Mit der Unterzeichnung der UN-Behindertenrechtskonvention hat sich die Bundesrepublik Deutschland, haben sich insbesondere alle staatlichen Stellen auf jeder föderalen Ebene zu mehr Chancengleichheit beim Zugang und zu mehr Teilhabe und Partizipation in allen Bereichen verpflichtet. Ich gehe davon aus, dass Sie - wie auch ich -diskriminierungsfreie Zugänge zum Gesundheitswesen für alle und gleiche Patientinnen- und Patientenrechte für alle wollen, damit Teilhabe und Selbstbestimmung für alle auch im Gesundheitswesen gilt.

Ihnen als Gesundheitssenator ist aber auch bekannt, dass diese Rechte für Menschen mit Behinderungen längst nicht umgesetzt sind. In Berlin sind nahezu 80 Prozent der Praxen nicht barrierefrei, sind längst nicht alle MedizinerInnen fähig und willens auf die besonderen Bedarfe von Frauen und Männern mit Behinderungen einzugehen. Angesichts der nachweislichen Versorgungslücken ist im Familienzentrum - Balance ein konkretes Angebot zur medizinischen Versorgung entstanden, in dem Frauen mit geistiger, körperlicher oder mehrfacher Behinderung zumindest gynäkologisch versorgt werden. Das Familienzentrum - Balance wurde zu Recht mit dem Signet „Berlin barrierefrei“ prämiert.

Die im Auftrag des BMFSFJ durchgeführte und im Herbst 2011 veröffentlichte Studie „Lebenssituation und Belastungen von Frauen mit Beeinträchtigungen und Behinderungen in Deutschland“ hat Entsetzen in der ganzen Bundesrepublik hervorgerufen. Es wurde deutlich, wie hoch die Gewaltbetroffenheit von Frauen mit Behinderungen, wie hoch die vielfältigen Formen von Diskriminierung und struktureller Gewalt sind, denen sie ausgesetzt sind. Erschrockene Kenntnisnahme genügt aber nicht. Das Familienzentrum - Balance bietet hier konkrete Unterstützungen wie sexualpädagogische Beratung und gynäkologische Behandlung. Diese den Frauen mit Behinderungen „wegzunehmen“ ist politisch und menschlich nicht akzeptabel.

- In der ganzen Bundesrepublik Deutschland und insbesondere in der multikulturellen Stadt Berlin ist die Prävention von weiblicher Genitalverstümmelung und die medizinische Behandlung der Opfer ein großes Thema. Das Familienzentrum - Balance hat sich durch den 2009 initiierten Runden Tisch „STOPP FGM in Berlin-Brandenburg“ im Kampf gegen Genitalverstümmelung äußerst positiv hervorgetan. Aus eigener Anschauung ist mir das breite Netzwerk mit entsprechenden Initiativen und Projekten bekannt. Bei einem Wegfall der Angebote des FPZ entsteht in Berlin eine Aufklärungs- und Versorgungslücke, die durch Dritte nicht ersetzt werden kann. Damit werden Frauen mit den körperlichen und psychischen Folgen der Genitalverstümmelung erneut allein gelassen. Gestoppt wird die öffentliche Sensibilisierung und gemeinsame Entwicklung von Präventionsstrategien. Dabei herrscht beim Thema Genitalverstümmelung massiver politischer Handlungsdruck.

Ich schätze die vielen niedrigschwelligen Angebote des FPZ, gerade auch die muttersprachlichen Beratungen für Frauen unterschiedlicher Herkunft. Ich selber verweise Frauen aus meinem Wahlkreis Tempelhof-Schöneberg bei spezifischen fachlichen Fragen durchaus auch an das FPZ und habe - trotz weiter Anreise - nur das Allerbeste vernommen. Die Kürzungen sind auch auf dem Hintergrund der Chancengleichheit für Menschen, Frauen mit Zuwanderungsgeschichte nicht zu akzeptieren.

Sehr geehrter Herr Senator Czaja,

nehmen Sie die Kürzungen für das Familienzentrum - Balance sowie für die Lesbenberatung Berlin e.V. zurück.

Mit freundlichen Grüßen

Heidi Rawa